



Akademie
Solidarische
Ökonomie

Rundbrief



17/2 Juni 2017

Inhalt

Reformatorsche Kapitalismuskritik – Impressionen aus Ostdeutschland, <i>Christoph Körner</i>	1
Impressum	2
Liebe Leserinnen und Leser,	3
Schritte zu einer internationalen nachhaltigen Geldordnung finden – Internationale Dialogveranstaltung in Seitenstetten (Österreich), <i>Christoph Körner</i>	4
neue Website für Dieter Suhr	6
Bücherecke	7
Leserinnen- und Leser-Echo	10
Eigentum = Diebstahl = Herrschaftsinstrument – Ein Schriftwechsel zu den Ausführungen im letzten Rundbrief	10
Du sollst nicht stehlen – aus dem kleinen Katechismus Martin Luthers.....	11
Miteinander Wirtschaften – CGW-Beiratstagung.....	12
CGW-Mitgliederversammlung	14
Tagungen – Veranstaltungen	15



Reformatorsche Kapitalismuskritik

Impressionen aus Ostdeutschland

Während wir als CGW-Beirat in Niederndodeleben bei Magdeburg am 23. April 2017 über Themen wie „Grundsteuer: Zeitgemäß!“ und „Unternehmensverfassung“ diskutierten und uns informieren ließen, haben Initiatoren am gleichen Sonntag in Wittenberg einen Aufruf „Banken zu Pflugscharen. Gemeinsam wider die Herrschaft der Finanzmärkte“ gestartet. Gregor Gysi (Die Linke) klebte die 95 Thesen in Anlehnung an Martin Luther an die Deutsche Bank gegenüber der Schlosskirche. Umrahmt durch Luther-Lieder, gesungen von Barbara Thalheim, übte vor allem Gregor Gysi scharfe Kritik an Finanzwirtschaft und Politik, die Ungleichheiten fördere. In sei-

ner zweiten These sagte er: „Gott oder Mammon – du kannst nicht beiden dienen, hieß es zu Zeiten von Jesus und vor 500 Jahren“. „Demokratie oder Finanzmarkt-Kapitalismus – dies ist die Frage unserer Zeit.“ Demokratie müsse die Kraft finden, sich nicht länger der Finanzwirtschaft zu unterwerfen. Es brauche, 500 Jahre nach dem Thesenanschlag Luthers, eine neue Reformation. Neben Politikern und Künstlern unterschrieben diesen Aufruf auch der evangelische Theologe Ulrich Duchrow, der Wirtschaftswissenschaftler Rudolf Hickel, der Philosoph Michael Brie sowie der Globalisierungskritiker Peter Wahl. Mit dem Titel wird offenbar auch auf das Motto der kirchlichen Oppo-




Berichte

sitionsbewegung in der DDR angepielt. „Schwerter zu Pflugscharen“, hieß es eben damals. „Im Zentrum stehen die heutige Situation, in der die Finanzmärkte über unsere Gesellschaften, Europa und die Welt herrschen sowie konkrete Alternativen, welche den sozialen Zusammenhang, die Solidarität in der Welt, ökologischen Umbau, Demokratie und Menschenrechte in den Mittelpunkt rücken“, schreiben die Autoren des Manifests.

In Chemnitz, wo der große Marx-Kopf in Anlehnung an den früheren Stadtnamen Karl-Marx-Stadt bewusst stehengeblieben ist, will zum Reformationsjubiläum die evangelische Kirche den Reformator konkret mit Marx in Verbindung bringen. Denn für Marx war die Reformation eine Art Revolution. Er bezeichnete Luther als „den ersten Nationalökonom“ und lobte ihn, weil er gegen die Wucherer zu Felde zog und den Zinseszins als ein tödliches System erkannte. So kommt bei Marx in 16 von 40 Bänden Luther vor und wird positiv kommen-

tiert. „Denn die ökonomische Frage ist noch immer nicht zur Zufriedenheit geklärt“, sagte der Chemnitzer Pfarrer Stefan Brenner, der das Projekt „Luther & Marx“ zusammen mit dem Theater, der Universität, der Stadt und dem Studentenfarrer organisiert.

Das Projekt umfasst Vorträge, ein Volksfest an der Johanniskirche am 1. Mai, ein Vortrag des Theologen Ulrich Duchrow am 31. Mai zum Thema: „Mit Luther, Marx und Papst den Kapitalismus überwinden“.

Wie der Referent sagt: „Wir müssen den Kapitalismus überwinden, weil der Zwang zur Geldvermehrung den Wachstumszwang erzeugt, der das Leben auf Erden zerstört. Luthers Kritik am Frühkapitalismus bringt den biblischen Entscheidungsruf ‚Gott oder Mammon‘ für heute neu zur Geltung. Marx liefert in dieser Tradition die präzise Analyse, die uns im Einklang mit der weltweiten Ökumene zu Widerstand und Transformation ermächtigt.“

Christoph Körner



Der Rundbrief erscheint viermal im Jahr und wird von den Christen für gerechte Wirtschaftsordnung e.V. und der Akademie Solidarische Ökonomie herausgegeben.

Rundbrief-Redaktion: Rudolf Mehl,
Bauschlotterstr. 4, 75249 Kieselbronn,
E-Mail: Rundbrief@cgw.de

CGW-Geschäftsstelle: Buchklingen 13,
91448 Emskirchen, Tel: 09104 8249 338,
E-Mail: info@cgw.de

IBAN: DE72 4306 0967 8025 7382 00,
GLS Gemeinschaftsbank eG,
BIC: GENO DE M1 GLS

CGW im Internet: www.cgw.de

Akademie-Geschäftsstelle: Am Butterberg 16,
21335 Lüneburg, E-Mail: info@akademie-solidarische-oekonomie.de

IBAN: DE20 5206 0410 0000 4145 14,
Ev. Kreditgen. eG, BIC: GENO DE F1 EK1

www.akademie-solidarische-oekonomie.de

Für CGW-Mitglieder ist der Postbezug des Rundbriefs im Mitgliedsbeitrag enthalten. Nichtmitglieder können ihn für € 10.- (in Briefmarken) ein Jahr über die CGW-Geschäftsstelle beziehen.

Redaktionsschluss ist jeweils der 15. Februar,
15. Mai, 15. August und 15. November.

Jedwede Veröffentlichung mit Quellenangabe ist erwünscht.



Liebe Leserinnen und Leser,

vielfältig sind die Bewegungen um Alternativen zu unserem heutigen Wirtschaftssystem. Dass ein Wandel erstrebenswert, wahrscheinlich sogar notwendig ist, wird immer mehr Menschen bewusst.

Das Jubiläum „500 Jahre Reformation“ bietet auch dazu einige Impulse. So haben wir auf unserem Stand am Markt der Möglichkeiten des Deutschen Evangelischen Kirchentages unser Plakat „Martin Luther verurteilt das Zinsnehmen“ gezeigt: *„Darum ist ein Wucherer ... schier so böse wie der Teufel selbst. – Denn christliches Handeln und Wohltun mit zeitlichem Gut bestehen in den drei Graden: umsonst geben, leihen ohne Zins und mit Liebe fahren lassen.“*

Daneben in einem neuen Plakat Zitate aus dem Apostolischen Schreiben EVANGELII GAUDIUM, 2013: „Papst Franziskus: Nein zu unserem heutigen Wirtschaftssystem“: *„Nein zu einer Wirtschaft der Ausschließung – Nein zur neuen Vergötterung des Geldes – Nein zu einem Geld, das regiert, statt zu dienen – Nein zur sozialen Ungleichheit, die Gewalt hervorbringt“.*

Dieses Plakat wird in den nächsten Wochen in unserer Plakatsammlung www.ag-gwo.de/Plakate erscheinen.

Allerdings, das soll hier nicht verschwiegen werden: Aus unseren Kreisen sind immer weniger Menschen bereit, solche Informationsstände zu betreten und dabei mit anderen Men-



schen ins Gespräch zu kommen. Zugegeben: Solche Gespräche können recht anspruchsvoll und herausfordernd werden – man muss sich eventuell mit anderen Meinungen und Gegenargumenten auseinandersetzen. Aber wie sonst wollen wir einen Wandel erreichen, wenn wir zu den Argumenten gegen einen Wandel nichts zu sagen haben?

Auf der Beiratstagung der CGW haben wir uns noch mit weiteren Themen beschäftigt: **„Unternehmensverfassung“**: Verteilung der Wertschöpfung auf die Beteiligten im Unternehmen. Auf die Frage, wie hoch die Entlohnung der unterschiedlichen Mitarbeiter sein soll, kenne ich keine befriedigende konkrete Antwort. Der pragmatische Ansatz der Gemeinwohlökonomie, zumindest die Gehaltsspreizung (Verhältnis niedrigstes zu höchstem Gehalt im Unternehmen) zu ermitteln, ist ein guter erster Schritt. Der sollte allerdings über die einzelnen Unternehmen erweitert werden auf die gesamte Gesellschaft, z.B. um den Vergleich der Entlohnung für soziale Arbeit mit den Spitzengehältern aus der Industrie.

Ein weiterer wichtiger Bereich ist die **Bodenreform**. Da haben wir mit der Initiative „Grundsteuer – Zeitgemäß!“, die sich mit der laufenden Reform der Grundsteuer beschäftigt, eine gute Möglichkeit, Bewusstsein für das Thema zu schaffen. Wir ließen uns auf der CGW-Tagung davon berichten.

Ich wünsche Ihnen viele Erkenntnisse und vor allem Anregungen beim Lesen.

Rudolf Mehl





Dr. Gerhard Zwingler, Prof. Dr. Dr. Heinrich Wohlmeyer, Prof. Dr. Richard Werner, Dr. Alfred Strigl

Schritte zu einer internationalen nachhaltigen Geldordnung finden

Internationale Dialogveranstaltung im Mai 2017 im Bildungszentrum St. Benedikt in Seitenstetten (Österreich)

Thema: *Welche Veränderungen scheinen am Geld- und Finanzsystem notwendig zu sein, damit die Ziele der Vereinten Nationen für eine nachhaltige Entwicklung erreicht werden können?*

Als CGW-Vertreter wurde ich zu dieser Tagung eingeladen, die organisiert wurde von Initiative Zivilgesellschaft Österreich (IZG) und von folgenden Mitveranstaltern getragen wurde: Arge Gerechtes Wirtschaften für Frieden und Bewahrung der Schöpfung, ATTAC Mostviertel-West, Emmausgemeinschaft, Förderverein der Primärbanken, Iustitia et Pax Österreich, Lifense-Institut, Monetative A und D, MONNETA Hamburg, Nouvelle Alliance, Pax Christi Amstetten, Plattform Footprint, Pioneers of Change, Runder Tisch Grundeinkommen, Südwind, Internationaler Versöhnungsbund, WIR Gemeinsam.

Ziel der Tagung war es, Schritte zu einer internationalen nachhaltigen Geldordnung zu finden, die

den 17 Nachhaltigkeitszielen der UNO für alle Staaten entsprechen, die von den Mitgliedsländern ratifiziert wurden. Vorträge, Analysen, Podien und Workshops boten genug Möglichkeiten für breite Informationen. Als Handlungsschritte stellten sich heraus:

1. Schaffung einer neuen Finanzstruktur, die sechs Kernpunkte erhält:

- a) Vereinbarung einer Weltverrechnungswährung im Rahmen einer Internationalen Währungsunion,
- b) Festlegung der Wechselkurse gemäß der Kaufkraftparität der Währungen mit Schwankungsbreiten und Anpassungsregeln für strukturelle Ungleichgewichte,
- c) Zahlung von Pönalen (Strafzahlungen) bei Leitungsbilanzüberschüssen und bei Defiziten,
- d) Umwandlung des Internationalen Währungsfonds (IWF) in

eine demokratisch legitimierte gemeinwohlorientierte Beistandsinstitution und in ein Sekretariat der IWU,

- e) Umbau der Weltbankgruppe zu einer echten Entwicklungsbank,
- f) Gleiches Stimmrecht der Staaten.

Zudem wurde gefordert, dass die Geldschöpfung wieder in die Hände der Staaten gelangen muss (Vollgeldschöpfung). Die Vollgeldinitiative hat vor allem den Vorteil, dass die Geldmenge wieder unter geordnete Kontrolle kommt, wodurch die durch sachlich ungerechtfertigte Ausdehnung und Kontraktion hervorgerufenen Wirtschaftsschwankungen beseitigt werden. Die Staaten können sich kostengünstig selbst finanzieren sowie einen tragfähigen Weg zum Abbau der aufgehäuften Staatsschulden beschreiten, weil der Gewinn aus der Geldschöpfung ungeschmälert den öffentlichen Haushalten zugute kommt



und zinsfreies Geld zur Verfügung steht. Durch diese Reform sind auch „Bankruns“ ausgeschlossen. Eine aus unabhängigen Fachleuten zusammengesetzte Währungskommission überwacht die Gestion (= Verwaltung) der Zentralbank und die Geldschöpfung. Das übliche Kreditgeschäft bleibt bei den Banken. Das Investment Banking wird jedoch vom Spar- und Kreditgeschäft getrennt (keine Spekulation mit Spareinlagen). Internationale Finanztransfers sind meldepflichtig und unterliegen einer Genehmigungspflicht. Wenn die Behörde nicht binnen 24 Stunden Einspruch erhebt, sind die Transaktionen automatisch genehmigt. Damit wird Spekulationen und Ausweichmanövern vorgebeugt.

2. Erschließung jener Steuerquellen, die einen angemessenen Ertrag zur Finanzierung der Gemeinwesen erbringen, ohne negative Wirtschaftsanreize zu bewirken.

Folgende Maßnahmen wurden vorgeschlagen:

- a) eine allgemeine Kapitalumsatzsteuer von einem Promille (0,1%). Diese kann über die Clearing Plattformen leicht und kostengünstig eingehoben werden.
- b) Eine Internetabgabe von 1 Cent je Megabit, das ist ein Millionstel Cent je bit, die dem das Gemeinwohl zugute kommt. Denn es ist nicht einzusehen, dass Post- und andere Kommunikationsleistungen einer Besteuerung unterliegen, dass aber IT-Dienste mit der Begründung der „Kommunikationsfreiheit“ unbelastet bleiben.

c) Eine Besteuerung der Finanzgroßvermögen, die rund das Dreifache des Weltbruttopro-

duktes betragen (über 150 Billionen) mit einem Steuersatz von 50% auf die durchschnittlich 5% betragende Verzinsung würde rund \$ 3,7 Billionen erbringen.

3. Zukunft der Arbeit

Die zunehmende Automatisierung und die zunehmende Einkommensspreizung machen Menschen zunehmend arbeitslos. Arbeitskräfte werden freigesetzt, die Arbeitslosigkeit steigt. Deshalb werden zukunftsfähige Maßnahmen für alle nur umsetzbar, wenn es – wie oben aufgezeigt – handels- und finanzpolitisch abgesichert wird.

Dann kann es dazu kommen:

- a) Entlastung der menschlichen Arbeit von Steuern und Abgaben.
- b) Das Bestimmungslandprinzip in der Handelspolitik ermöglicht den Schutz gegen Arbeitsplatz vernichtende Importe von Waren und Dienstleistungen.
- c) Der sogenannte informelle Sektor (keine klassische Erwerbsarbeit) wird finanzierbar. Auch ein ausreichendes Müttergehalt und eine Mütterpension sind budgetär leistbar.
- d) Die allgemeine Grundsicherung (Grundeinkommen) ist finanzierbar und bleibt kein Traum. Sie muss allerdings handelspolitisch (Bestimmungslandprinzip), sozialpolitisch (Herkunftslandprinzip) und bildungspolitisch (Gemeinwohlethik) abgesichert werden.
- e) Umbau der Bedarfsdeckungssysteme gemäß den Systemprinzipien der Biosphäre.

4. Bodenordnung

Grund und Boden ist kein Menschenprodukt, sondern ist ein Ge-

schenk der Schöpfung. Deshalb darf Boden privat genutzt werden, aber er bleibt Eigentum der Allgemeinheit (Staat, Kommune), so dass Nutzungsgebühren (Pacht) an die Allgemeinheit fließen.

Diese Maßnahmen wurden besonders durch die Beiträge von Professor Dr. Dr. Heinrich Wohlmeyer (Österreich) gefordert und herausgestellt. Betroffen machten zuvor die Analysen des Wirtschaftsprofessors Dr. Richard Werner (Southampton), der klarstellte, dass das augenblickliche Weltfinanzsystem die totale Kontrolle durch Zentralisierung aller Entscheidungen herbeiführen will, die im Bündel von sechs augenblicklichen Maßnahmen anvisiert werden:

1. Negativzins (kleine Banken sollen zerstört werden, große Banken sollen wachsen),
2. Krieg gegen das Bargeld,
3. Propagierung einer neuen Geldreform,
4. Einführung einer digitalen Zentralbank (Einführung von nur digitalem Geld),
5. Schaffung von kontaktlosem Geld (Minichip in jeden Arm eines Menschen implantiert),
6. Uneingeschränktes Grundeinkommen zentral zudiktieren.

Aufschlussreich waren neben den Vorträgen noch mancher anderer Referenten auch die Ausführungen und Erfahrungen von Dr. Gerhard Zwingler, der die Möglichkeiten einer Nachhaltigkeitswährung vorstellte, die er in Zusammenhang mit Biobauern und ihren Kunden installiert hat. Moderiert wurde die Tagung von Dr. Alfred Strigl, Direktor vom Institut für Nachhaltigkeit an der Universität für Bodenkultur in Wien.



Wenn Gefahren sich anbahnen, gilt es Alternativen aufzuzeigen, denn man plant von der jetzigen Finanzoligarchie eine neue Weltwährungskonferenz, die diese aggressiven Maßnahmen verwirklichen will. Dagegen gilt Dezentralisierung und Alternative Währungen (Vollgeld und Regionalwährungen) konkret und mit Eifer zu praktizieren, denn es ist ein Wettlauf mit der Zeit in Sachen Geldreform. Wir werden in diesem Wettlauf des Gemeinwohls aber nur Chancen haben, wenn alternative NGOs und Geldinitiativen sich gemeinsam auf konkrete Schrit-

te eines nachhaltigen Finanzsystems einigen. Dazu ist ein mit- und füreinander Arbeiten aller alternativen Gruppen erforderlich, die im Geiste eines spirituellen Gemeinwohls dies verwirklichen wollen. Dies fand in Seitenstetten statt. Manche bezeichneten dies als ein neues Pfingstwunder. So wurde diese Tagung mit einem ökumenischen Gottesdienst beschlossen, der u.a. von dem Abt des Klosters, Bruder Berthold, Pastorin Nina Krämer aus Linz und Pfarrer Dr. Christoph Körner (Erlau) gehalten wurde.

Eine Botschaft der Tagung erging an das im kommenden Juli im Rahmen des Ökonomischen und Sozialen Rates der Vereinten Nationen (UN-ECOSOC) zusammentreffendes sogenannte High-level Political Forum 2017 und das gleichzeitig stattfindende Treffen der Umweltminister, sowie an die zuständige stellvertretende Generalsekretärin der UN, Amina Mohammed, in englischer Sprache. Somit hatte die Tagung ihre Zielorientierung gefunden.

Christoph Körner

neue Website für Dieter Suhr

Werner Onken hat für die Stiftung für Reform der Geld- und Bodenordnung eine neue Website erstellt: www.dieter-suhr.info

Prof. Dr. Dieter Suhr

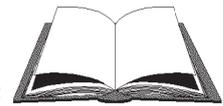
* 7. Mai 1939 in Windhoek/Namibia

† 28. August 1990 in Chania auf der Insel Kreta/Griechenland

Auf dieser Website finden Sie Informationen über Leben und Werk des Augsburger Rechtsphilosophen und Verfassungsrechtlers Prof. Dr. Dieter Suhr.

Seine Kindheit und Jugend verbrachte Dieter Suhr im Südwesten Afrikas. Nach einem Studium der Rechtswissenschaften wurde er 1966 an der Universität Hamburg bei Herbert Krüger mit einer Arbeit über „Eigentumsinstitut und Aktieneigentum“ promoviert. 1973 habilitierte er sich bei Helmut Quaritsch an der Freien Universität Berlin mit der Schrift „Bewusstseinsverfassung und Gesellschaftsverfassung – Über Hegel und Marx zu einer dialektischen Verfassungstheorie“. Seit 1975 war Dieter Suhr Professor für öffentliches Recht.





Bücherecke



Christoph Körner: Christliche Sozialökonomie – Auf dem Weg zu Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung (Band 2 von Dieter Fauth Hrsg. Religionen in sozialökonomischer Sicht). : Verlag Religion & Kultur, Zell a. Main 2017. 235 Seiten.

Mit Christoph Körners Kompilation „Christliche Sozialökonomie“ liegt nun der vom Verlag angekündigte zweite Band aus der Reihe „Religionen in sozioökonomischer Sicht“ vor. Wie schon bei der Vorgängerpublikation ist auch diesmal dem Herausgeber eine sehr übersichtliche und inhaltlich wohl durchdachte Werkdarstellung eines evangelischen Theologen, Friedensaktivisten bzw. reformökonomisch Engagierten gelungen.

Die beiden Bände bieten mit den Persönlichkeiten Roland Geitmann und eben Christoph Körner eine kongeniale geistig-biografische Zusammenführung, die ein bemerkenswertes schriftstellerisches Zeugnis darüber abzulegen vermag, dass geradliniges Denken und mutiges Handeln sowohl persönliche Sinnstiftung als auch Vorbildwirkung und

vor allem konkrete Ergebnisse zeitigen können.

Der promovierte evangelische Theologe Christoph Körner (Jg. 1943) betreute fast drei Jahrzehnte seelsorgerisch eine Gemeinde in Mittelsachsen, trug im Verlauf der politisch brisanten 1980er Jahre die christliche Friedensbewegung in der DDR mit und leitete schließlich gemeinsam mit Roland Geitmann über viele Jahre hinweg den Verein „Christen für gerechte Wirtschaftsordnung“ (CGW). Körners Denken kreiste zeitlebens um die Frage, welche Rolle den christlichen Amtskirchen bei der Wegbereitung einer freien, friedlichen und gerechten Gesellschaftsordnung zukomme. Dabei postulierte er die Rückbesinnung auf eine ganzheitlich geprägte prophetisch-visionäre Weltsicht der Kirche, von deren Innovationsfähigkeit er im Hinblick auf eine dringend notwendige Systemveränderung überzeugt war. Ungeachtet dessen war sich Körner der Diskrepanz zwischen visionärer Transformationsaufgabe und opportunistischer Systemkonformität der Kirchen bewusst.

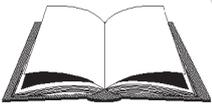
Folgerichtig beginnt daher der Band „Christliche Sozialökonomie“ mit der Definition, der Zielsetzung und den Inhalten dessen, was als „politische Predigt“ im Verantwortungsbereich eines kirchlichen Amtsträgers innerhalb einer weltzugewandten christlichen Gemeinde unabdingbar sei. Unter den Gesichtspunkten „Gerechtigkeit“, „Friedensordnung“ und „Schöpfungsbewahrung“, also der Entwicklung von ökologischen und ökonomischen Nachhaltigkeitsstrategien, umreißt Körner exemplarisch die Möglichkeiten einer Gottesdienstgestaltung im gesellschaftspolitischen Kontext. Die daran anknüp-

fenden Kapitel des Bandes dienen einer Konkretisierung und inhaltlichen Erweiterung dieser genannten Aspekte.

So ist Körners Vorstellung von einer gerechten Gesellschaft von basisdemokratischen bzw. direkt-demokratischen Strukturen geprägt, die einer Vermögensangleichung, einem freien und gleichen Zugang zu allen Ressourcen sowie einer demokratisch legitimierten gerechten Geld- und Bodenordnung die Wege bahnen. Diese darauf aufbauende „soziale Demokratie“ erteilt dem Neoliberalismus eine klare Absage. Sie erfährt vielmehr ihr Selbstverständnis aus einer an befreiungstheologischen Grundsätzen orientierten offenen, sich permanent weiterentwickelnden Gesellschaft, in der universalistische Plan- oder marktwirtschaftliche Konzepte keine Leitbildfunktion mehr haben.

Körners Vorstellung von einer gänzlich befriedeten Welt ist getragen von einem forcierten Rückbau der Rüstungsindustrie, einer schrittweisen Entmilitarisierung der Gesellschaften und einer global wirkenden zivilen Konfliktmediation. Diese Entwürfe werden durch einen Ausschnitt aus Körners Tagebuchaufzeichnungen im Zeitraum zwischen dem 21. März 1990 und den Apriltagen des Jahres 1991 veranschaulicht. Dabei handelt es sich zweifellos auch um zeitgeschichtlich relevante Textstellen, welche die kirchlichen Friedensinitiativen innerhalb eines totalitären Regimes als Gratwanderung zwischen dem beeindruckend mutigen persönlichen Engagement Körners und den institutionellen bzw. ideologischen Reglementierungen dokumentieren.

Wenn Körner im nächsten Abschnitt von der „Bewahrung der Schöp-



Bücherecke

fung“ spricht, ist damit ein Nachhaltigkeitsprinzip gemeint, das zur mechanistisch geprägten Cartesischen Weltsicht auf Distanz geht und auf die biblischen Botschaften von der Gleichwertigkeit und Verbundenheit zwischen Mensch und Natur verweist.

Einen inhaltlich großen Umfang nehmen Körners reformökonomische Darlegungen zur Boden- und Geldproblematik ein. Ähnlich wie Roland Geitmann greift auch Körner die jüdischen und alttestamentarischen Rechtsnormen diverser Schuldenerlässe und die Umverteilungspraxis von Bodenbesitz als Ausgangspunkt von Reformbestrebungen auf. Aus der semantisch-etymologischen Übereinstimmung der Begriffe „humus“ (Boden), „humilitas“ (Demut) und „humanitas“ (Menschlichkeit) erklärt Körner den Menschen als Teil eines Beziehungsgeflechts, das ihm keinen Besitzanspruch an der Erde, sondern nur ein sozialetisch determiniertes Benutzrecht am Boden einräumt.

Die Geldfrage wird von Körner überhaupt zum „Schlüsselproblem“ der theologischen Wirtschaftsethik erhoben. In dem Zusammenhang legt er zunächst die vielfältigen Irrtümer, die Geldfunktion betreffend, offen. Das Ziel sei ein von Zins und Inflation befreites „neutrales Geld“, das einem tiefgreifenden Umbau des Finanzsystems entspringe. Die eingehende Analyse der jüdisch-christlich-islamischen Zinskritik und Zinsverbotspraxis fehlt dabei ebenso wenig wie die Würdigung eines dem Angebotsdruck ausgesetzten Geldwesens in Silvio Gesells Finanzkonzept. Des Weiteren enthält das Kapitel einen Abriss zur Geldgeschichte und zur historischen Institutionalisierung der Zinspraxis, der mit

metaphysischen und tiefenpsychologischen Deutungsansätzen angereichert ist. Schließlich untersucht Körner diverse vergangene und gegenwärtig laufende Tauschring- und Regiogeld-Experimente und wägt deren Vor- und Nachteile ab. Der exegetisch angelegte Aufsatz über die Geschichte von „Jesu Tempelreinigung“ (Mk. 11, 15-19) erweist sich als besonders interessant, zumal damit einerseits die Annahme einer wirtschaftsethisch eher neutral formulierten jesuanischen Botschaft eindrucksvoll widerlegt wird und andererseits die These vom jüdischen Tempel als Zentralbank und politisches Machtzentrum brisante Perspektiven auf den neutestamentarischen Handlungsablauf zulässt.

Körners Gedanken zu Arbeit und Arbeitslosigkeit, die als Strategie gegen letztere eher Grundeinkommensmodelle präferiert, sowie zu einer Wirtschaftsordnung im Allgemeinen, das von Geld- und Steuerreformen erfasst ist, runden die wirtschaftstheoretischen Essays ab. Ein weiteres Kapitel versucht, der Leserschaft durch prosaische und lyrische Textbeispiele einen Zugang zu Körners Gedankenwelt zu erschließen. Mit der von ihm selbst verfassten Zusammenschau seiner sozialpolitischen Aktivitäten mit jenen von Roland Geitmann und einem Appell zu christlich motiviertem Handeln endet dieser zweite Band.

Das Buch „Christliche Sozialökonomie“ offenbart die Gedankenwelt eines Menschen, die von zahlreichen Lebenserfahrungen und nicht zuletzt deshalb von klugen Einsichten und von Wahrhaftigkeit geprägt ist. Christoph Körner hat sowohl das planwirtschaftliche, die Individualität und Freiheit des Menschen neigende kommunistische Modell als

auch das profitbasierte, dem aberwitzigen Wachstumszwang verpflichtete und damit alles Leben zerstörende kapitalistische System sehr gut kennen gelernt. Sein eindringlicher Aufruf, einen anderen Weg jenseits dieser extremistischen Ausprägungen zu beschreiten, ist deshalb einmal mehr das Gebot der Stunde. Körners Leben und Wirken vermittelt Erkenntnisse, inspiriert und macht Mut.

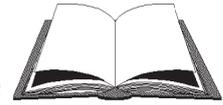
Christof Karner



Ulrich Bubenhauer/Dieter Fauth (Hsg.): Religiöser Pluralismus und Deutungsmacht in der Reformationszeit (Schriftenreihe der Freien Akademie Nr. 36) Berlin 2017, ISBN 978-3-923834-34-1, 156 S.

Das Buch ist ein Tagungsband der Freien Akademie e. V., unter dessen Thema 2016 verschiedene Autoren den religiösen Pluralismus und die verschiedenen Deutungsmächte in der Reformationszeit beleuchten, speziell unter dem Gesichtspunkt der Minderheitsgruppen. So wird kritisch hinterfragt, wer denn mit welcher Legitimation in der Reformationszeit die Macht beanspruchte,

Bücherecke



religiöse Texte und religiöse Handlungen autoritativ zu interpretieren. Dabei werden im Aufbruch der sozialen Bewegungen oft Minderheiten als „Abweichler“ von den aufkommenden protestantischen Kirchen („landesherrliches Kirchenregiment“) diskriminiert und verfolgt.

In einem ersten Aufsatz weist **Fabian Scheidler** („Die Formation der kapitalistischen ‚Megamaschine‘ in der Zeit von Reformation und Bauernkrieg“) nach, dass das moderne kapitalistische Weltsystem gerade in dieser Zeit (15.-17. Jahrhundert) entstand und bis heute auf der Grundlage von drei Säulen steht:

- a) die endlose Akkumulation von Kapital;
- b) die Entstehung moderner militarisierter Territorialstaaten, die mit Hilfe des Handelskapitals miteinander um Macht und Kapital konkurrieren;
- c) die Mythologie der radikalen Überlegenheit Europas gegenüber der anderen Welt.

Letzteres zeigte sich in der Verklärung der Neuzeit und der Renaissance, die eine Epoche des Lichtes wäre, obwohl ihre Wirklichkeit von Gewalt, Folter und apokalyptischen Ängsten begleitet war. Klimawandel und Pest dezimierten die Bevölkerung, so dass die feudalen Erträge der Grundherren fielen während die Verhandlungsmacht der Bauern wuchs. So entwickelten sich unter der feudalistischen Krise soziale Bewegungen, die die weltlichen und kirchlichen Mächte massiv herausforderten und ebenso eine Deutungsmacht beanspruchten, die in Konkurrenz zur herrschenden war. In dieser Gemengelage wurde ideologische Macht zu einem entscheidenden Faktor und Religion zum Kriegsschauplatz.

Beispiel: Während Martin Luther im Bauernkrieg sich auf die Seite der Landesherren schlug, ergriff Thomas Müntzer als Feldprediger Partei für die Bauern. Beide beriefen sich auf das Neue Testament, doch leiteten sie daraus entgegengesetzte Gesellschaftsmodelle ab.

Fazit: In Umbruchzeiten sollte man darum auch auf die Deutungsansprüche sozialer Bewegungen achten, die im Widerspruch zur herrschenden kapitalistischen Ideologie stehen.

In einem zweiten Aufsatz beleuchtet der Historiker **Günter Vogler** die marxistische Deutung der Reformation als „frühbürgerliche Revolution“ und sieht Müntzers Idee von einer gerechten Gesellschaft, die noch nicht verwirklicht werden konnte, als Impuls für eine Vision für heute. Denn jede Gesellschaft braucht alternative Ideen, weil sie sonst im Pragmatismus verkommt. Der Rezensent sieht hier eine biblische Wahrheit durchleuchten: *Ein Volk ohne Visionen geht zugrunde.* (Spr. 29,18).

Ulrich Bubenheimer würdigt am Beispiel des Nonkonformisten Andreas Gronewald die individuelle Leistung eines Vertreters, der zwischen reformatorischer und gegenreformatorischer Partei steht, die in der Forschung bisher kaum beachtet wurde.

Dieter B. Hermann untersucht das Verhältnis von Humanismus, Reformation und Katholizismus zu den Bereichen Astronomie und Astrologie, das auch unterschiedlich ausfällt.

Dieter Fauth weist in seinem Vortrag („Sichtweisen auf Juden und Judentum in der Reformationszeit“) darauf hin, dass es im Gegensatz zu Luther und anderen Kirchenführern der Reformation durchaus verstehenden Umgang mit Juden und ih-

rem Schrifttum gab, wenn man wie der Humanist Johannes Reuchlin ihre Quellen wirklich studierte und kannte.

Alejandro Zorzin („Johannes Eck (1486-1543) – Öffentliche Demontage im Spannungsfeld frühreformatorischer Polemik (1517/18-1525/30)“) macht darauf aufmerksam, dass die Deutungsmacht nicht primär mittels überzeugender Beweise und Argumentation erfolgte, sondern vielfach auch durch Karikieren und verzerrende Bloßstellung des Gegners, was sowohl für die reformatorische Seite wie für die päpstlich gleichermaßen galt.

So lässt der Tagungsband erkennen: Ohne eine differenzierte Sicht über die Deutungsmächte der Reformation lässt sich kein genaues Bild von ihr gewinnen.

Christoph Körner



Eigentum = Diebstahl = Herrschaftsinstrument

Ein Schriftwechsel zu den Ausführungen im letzten Rundbrief

Lieber Herr Mehl,

vielen Dank für die sehr eindrücklichen Ausführungen zu Eigentum = Diebstahl = Herrschaftsinstrument im letzten Rundbrief 17/1.

Selbst die Forderungen der leibigen Bauern wurden früher (nach dem verlorenen Bauernkrieg) und werden heute nicht beachtet. Die 12 Artikel aus dem Bauernkrieg wurden kein Stück weit bis heute berücksichtigt. Sie zementierten das damalige Abgabensystem bis 1802! Und heute sieht's v.a. für sie, aber auch für abhängig Beschäftigte, immer schlechter aus.

Letztes Jahr hatten noch die 92 Reichsten der Welt soviel wie die ärmere Hälfte der Menschheit an Vermögen; dieses Jahr sind's noch 8!!

Wie so ein Erbpachtverhältnis aussieht hätte mich interessiert. Wie kann man ein „Eigentum“ in ein Erbpachtverhältnis überführen? Gibt es noch so etwas ähnliches in unserem Rechtssystem? Wenn Sie vielleicht hierzu etwas in einem der nächsten Rundbriefe schreiben (lassen) könnten?

Mein Eigentum ist eine kleine Mühle. Ich wollte mich mit dem Thema „Nachfolgeregelung“ befassen, damit ich im Eventualfall nicht ganz unvorbereitet bin.

Viele Grüße, Günter Fritz,
Bibersfeld

Lieber Herr Fritz,

wie so ein Erbpachtverhältnis – korrekt heißt das *Erbbaurecht* – aussieht:

Wir müssen unterscheiden zwischen

1) unserer Vorstellung einer Bodenreform

Dort wird der Boden wieder in Gemeinschaftseigentum überführt und gegen ein laufendes Nutzungsentgelt abgegeben. So ein Nutzungsvertrag wird ähnlich aussehen wie unsere Erbbaurechtsverträge heute.

Im dem von Ihnen angesprochenen Artikel steht allerdings ein paar Absätze darunter:

7. Eine politische Umsetzung der rechtlichen Begrenzung des grundrechtlich geschützten Eigentums, wie es in Art. 14 und 15 GG schon angedacht war, ist nicht in Sicht.

Dagegen stehen schon die Ängstlicherer, deren selbst genutztes Eigentum von einer solchen Reform gar nicht betroffen wäre.

Schon vieles wäre gewonnen, wenn es über die Frage des Eigentums überhaupt zu einem öffentlichen Diskurs käme.

Dem ist nichts hinzuzufügen, auch wenn z.B. Udo Hermannstorfer beschreibt, dass so eine Überführung ganz einfach, auch ohne Enteignung stattfinden könnte. Man könnte alles belassen, wie es ist – nur bei einem konkret anstehenden Verkauf würde die Gemeinde ihr – oft ohnehin vorhandenes – Vorkaufsrecht nutzen. Der Kaufpreis könnte sich z.B. an dem Preis orientieren, zu dem der jetzige Eigentümer das Grundstück erworben hat – evtl. entsprechend fortgeschrieben.

Durch dieses Verfahren würde der Eigentumsübergang über viele Jahre gestreckt erfolgen, was die finanzielle Belastung der öffentlichen Hand stark reduziert. Aus den Nutzungsentgelten für die Grundstücke, die schon im Gemeinschaftseigentum sind, können die Anschaffungen später anstehender Grundstücke finanziert werden.

und 2) den Möglichkeiten in unserem heute gültigen Rechtssystem.

Ich habe praktische Erfahrungen in einem Verein, der Boden frei kauft und an Gärtner verpachtet – www.freiesland.de. Das ist möglich, wenn das Eigentum am Boden und das am Gebäude von Anfang an getrennt ist und bleibt. Sobald es zusammenfällt, kann es nicht mehr getrennt werden.

Es gibt mehrere Initiativen, die sich auf diesem Gebiet engagieren, am größten ist vielleicht die BioBoden-Genossenschaft, www.bioboden.de.

GENOSSENSCHAFT

Den öffentlichen Diskurs anregen

Das ist Ziel u.a. der Initiative „Grundsteuer: Zeitgemäß!“, www.grundsteuerreform.net, die auch wir CGW unterstützen und deren Vertreter bei unserer Tagung berichtet hat.

Viele Grüße, Rudolf Mehl

Lieber Herr Mehl,

können Sie noch etwas mehr darüber schreiben, wie solche „Erbbaurechtsverträge“ aussehen können?

Wenn die Gemeinden ihr – oft ohnehin vorhandenes – Vorkaufsrecht nutzen, dann müsste ich mich selbständig unserem „neoliberalen“ Oberbürgermeister meinen Betrieb und Grundstück in den Rachen schmeißen. Mit Verlaub – das würde ich ohne weiteres und 100%-ig ablehnen.

Günter Fritz

Lieber Herr Fritz,

Ich schaue für solche Fragen gerne bei Wikipedia nach: *Erbbaurecht, das Recht, meist gegen Zahlung eines regelmäßigen sogenannten Erbbauzinses auf einem Grundstück ein Bauwerk zu errichten oder zu unterhalten (§ 1 Abs. 1 ErbbauRG). Aus der Sicht des Eigentümers des Grundstücks, des Erbbaurechtsgebers, ist das Erbbaurecht ein beschränktes dingliches Recht, das auf seinem Grundstück lastet.*

Das Grundstück bleibt also im Eigentum des Erbbaurechtsgebers, das darauf errichtete Gebäude ist Eigentum des Erbbauberechtigten.

Wie so ein Erbbaurechtsvertrag aussieht, muss verhandelt werden. In Wikipedia findet man dazu schon viele Informationen, sicherlich gibt es auch Musterverträge.

Volle Zustimmung, dass Sie den Verkauf Ihres Grundstücks ablehnen. Solange wir in unserer Gesellschaft keinen Konsens haben, dass Privateigentum an Grund und Boden falsch ist (Diebstahl), helfen solche Schritte nicht weiter.

Heute sinnvolle Alternativen bieten die von mir erwähnten nicht-staatlichen Initiativen.

Viele Grüße, Rudolf Mehl





Miteinander Wirtschaften

CGW-Beiratstagung vom 21.-23.04.2017, Mauritiushaus, 39167 Niederndodeleben

Rückblick auf 2016

- a) Neuordnung CGW-Archiv; siehe dazu CGW-Rundbrief 16/2.
- b) Teilnahme am Katholikentag. Wie immer ein Impuls für die Besuchenden. Besuch am Stand gab es u.a. von Petra Pau, Vizepräsidentin des Dt. Bundestags; ebenso von Gesundheitsminister Hermann Gröhe (er allerdings routinemäßig beim obligatorischen Rundgang). Die nächsten beiden Male (2017 + 2018) kann Rudi Mehl wegen anderer Verpflichtungen keine Standbetreuung übernehmen.
- c) neue Homepage
- d) reibungslose Übernahme der Geschäftsstelle durch Gerhard Küstner

Christoph Körner hat eine Rundfrage an alle Büros der Bundestagsparteien (außer AfD) geschickt mit der Frage, wie die Partei zur Vollgeldinitiative (www.vollgeld.de/was-ist-vollgeld) steht. Ausführlich geantwortet haben besonders die Grünen, die Linken und die CDU.

Die Meinung in der Freiwirtschaft zur Vollgeldinitiative ist differenziert. Wir haben Geldreformer wie Thomas Betz, die mehr Vollgeld als Freigeld vertreten, und andere Geldreformer wie Eckehard Behrens, die den Sinn des Vollgeldes anzweifeln

und sich ganz auf Freigeld konzentrieren. Die meisten lehnen nicht das Vollgeld ab, sondern die Verabsolutierung des Vollgeldes, wie sie durch die „Monetative e.V.“ geschieht. Bei den letzten Mündener Gesprächen ging es um die „Möglichkeiten und Grenzen des Vollgeldes“. Da wurde sehr schön deutlich, dass das Vollgeld ein Teil der Lösung sein kann, aber ohne Freigeld und vor allem auch ohne Bodenrechtsreform eine Halbheit bleibt. Theoriegeschichtlich ist das Vollgeld übrigens ein Ableger der Neoklassik (Simons und Fisher). Die Postkeynesianer lehnen sowohl das Vollgeld als auch das Freigeld komplett ab. Die Beiträge zu diesen Mündener Gesprächen werden in der Herbstausgabe der „Zeitschrift für Sozialökonomie“ dokumentiert. Mit dabei sein wird auch ein Beitrag über digitale Zahlungssysteme wie Bitcoin.

Karin Grundler bemerkt, dass sie durch die aktuelle ökonomische Entwicklung vor allem John M. Keynes bestätigt sieht.

Die Versammlung stellt fest, dass sich die Akademie Solidarische Ökonomie am Rundbrief kaum mehr beteiligt.

Die Kooperative Frieden (Michael Held) hat die Kündigung unserer Mitgliedschaft mit Bedauern zur

Kenntnis genommen. Doch gab es dort kaum Verbindungen des Thomas Frieden mit Ökonomie. In der Friedensforschung und -bewegung fehlt meist die Brücke zur Ökonomie. Wir sehen Bedarf, die Ökonomie wieder mit der Friedensarbeit zu verbinden.

Unternehmensverfassung

Bernd Winkelmanns hat das Thema in seinem Buch: „Die Wirtschaft zur Vernunft bringen“ in Kapitel 7, Umbau der Wirtschaft konkret, behandelt: Eckpfeiler einer partizipatorischen Unternehmensverfassung: 1. Hineinnahme aller am Unternehmen Beteiligten; 2. Betriebliche Wirtschaftsrate, 3. Entlohnung der Eigentümer, 4. Gewinne als Eigentum des Unternehmens, 5. Nachhaltigkeitsbilanz, 6. Kooperative Arbeitsweise.

Auf der Tagung referierte Rudi Mehl vor allem zu den o.g. Stichpunkten 3 und 4, Verteilung der Wertschöpfung auf die Beteiligten im Unternehmen. „Leistung“ als Maßstab der Umverteilung passt nicht, „Verantwortung“ schon eher. Er plädierte allerdings für „Bedürfnisse“ als Maßstab der Entlohnung. In diesem Zusammenhang verwies er auf Petrus als Verwalter Gottes (vgl. 1.Petr. 4,10) sowie auf R. Steiner, der meint, je we-





niger der Einzelne die Erträge seiner Leistung für sich beansprucht und je mehr seine Leistungen nicht seine eigenen, sondern andere Bedürfnisse befriedigen, um so besser gehe es allen.

Zur Umsetzung dieses Ansatzes verwies Rudi Mehl auf die Stichworte Grundeinkommen und Gehaltsspreizung (ein Begriff aus der Gemeinwohlökonomie). In der Diskussion wird betont, dass Veränderungen nicht vor allem durch moralische Aussagen angestrebt werden sollten, sondern durch Strukturveränderungen. Ethische Überzeugungen sollten sich in Strukturen niederschlagen. Dies sei z.B. in Richtung auf Unternehmerverbände anzumerken.

Grundsteuerreform

Henry Wilke ist beim NABU Referent für Siedlungsentwicklung. Er hat Stadtplanung und Stadtgeschichte studiert sowie Erfahrungen in der Bezirksverwaltung Berlin-Pankow gesammelt. Beim NABU befasst er sich mit Grundsteuerreform, aber auch mit Innenentwicklung der Städte, u.a. um Land außerhalb der Stadt zu schonen. Wilke recherchiert Literatur zum Thema, recherchiert in den Datenbanken der Parlamente (und hat gefunden, dass die FDP die gleichen Standpunkte vertritt wie der NABU), beobachtet das laufende Pressegeschehen und macht den NABU sprachfähig, um den eigenen Standpunkt in den Diskurs einzubringen. Der NABU ist Initiator der Initiative Grundsteuerreform.

Die Grundsteuer wird von den Kommunen einbehalten. Zurzeit bezahlen die Nutzer von Wohnfläche (Eigentümer oder Mieter) die Grund-

steuer als Teil der Nebenkosten für den Wohnraum.

Es gibt einen Gesetzentwurf des Bundesrates zur Sache, nach dem weiterhin Grundstück + Gebäude versteuert werden. Dagegen möchte der NABU, dass ausschließlich der Boden besteuert wird. In der Diskussion ist auch eine Flächenbesteuerung. Im Unterschied zu Bodenbesteuerung wird hier nur die Fläche zur Bewertung zugrunde gelegt, während bei der Bodenbesteuerung die Fläche bewertet wird (Bauland, ...).

Die jetzige Grundsteuererhebung liegt wegen der Einheitswert-Besteuerung dem Bundesverfassungsgericht vor. Ein Urteil steht aus. Eine evtl. Ablehnung der aktuellen Besteuerung würde den Reformvorgang gewiss beleben.

Außer dem NABU sind andere Akteure auf dem Plan. Die Vereinigung Haus und Grund bevorzugt die Flächenbesteuerung. Dies will auch Bayern (als Flächenland). Weiterhin haben die Grünen eine Arbeitsgruppe Wohnen, Bauen, Planen. Der OB von Hamburg Olaf Scholz lehnt den Gesetzentwurf des Bundesrates aus anderen Gründen ebenfalls ab. Laut Hamburg befördert dieser Entwurf die Trennung in Wohnbereiche für Arme und Reiche, da höhere Grundsteuer auch zu höheren Mieten führt.

Neubewertung des Mediums „Plakatfolge Unternehmensverfassung“

Dieses Bildungsmedium findet sich in der CGW-Medienstelle <http://aggwo.de/medien/Plakate/UV.pdf>. Problem: Im Medium fließt das befreite Geld immer dorthin, wo es dienend gebraucht wird. Zurzeit haben wir auch annähernd Nullzins-

geld; Geld fließt aber trotzdem nicht, sondern gelangt in spekulative Bereiche. Obwohl Nullzins herrscht, wird immer weiter Geld ins System gepumpt, was gegen die Überzeugung von Gesell ist, der eine Geldobergrenze will. Der Foliensatz thematisiert die eben kurz angedeuteten neuen Verhältnisse nicht. Er wird insofern für überarbeitungsbedürftig erachtet. Andererseits macht der Foliensatz Idealtypisches deutlich, nämlich wie Kapital Unternehmen gängelt und Freigeld Unternehmen in ihren Entscheidungen autonom macht. Der Foliensatz zeigt, dass Nullzins noch nicht Gesell'sche Freiwirtschaft ist, sondern dazu die Beseitigung aller Möglichkeiten zur Spekulation gehört.

Geldschöpfung ist die Gretchenfrage aller von Geld geprägter Bereiche, auch der Unternehmensverfassung. Geldschöpfung darf ausschließlich durch Leistung möglich sein. Nur das ist gerechtes Geld. Dazu brauchen wir ein Netz von Leistungsträgern. Leistungslos geschaffenes Geld ist ungerechtes Geld und muss vermieden werden.

Themen für Beiratstagung 2018

Das Thema soll Geldschöpfung sein. Folgende Literatur sollte beachtet werden: Christoph Binswanger: Geld und Natur; Ders.: Goethes Faust und Ders.: Nutzen und Nachteil der Alchemie für die Wirtschaft. Eine geldtheoretische Faust-Deutung, in: Wie man ein Arschloch wird. Kapitalismus und Kolonialisierung/ hrsg. v. Carl Hegemann, Alex-Verlag: Berlin, 2017, S. 88-108 (ISBN: 9-783-895-81450-1).

Aus dem Protokoll von Dieter Fauth zusammengestellt von Rudolf Mehl



Berichte

CGW-Mitgliederversammlung

23.04.2017, Mauritiushaus, 39167 Niederndodeleben

Anwesend: Acht Mitglieder.

Rudi Mehl begrüßt die Anwesenden und stellt fest, dass die Versammlung beschlussfähig ist.

Kassenbericht 2016

Der Kassenbericht wurde im Rundbrief 17/1 veröffentlicht. Gerhard Küstner erläutert diese Aufstellung. Die Druckkosten für den Rundbrief haben sich wegen der Umstellung auf Farbdruck erhöht. Der Rundbrief könnte vermehrt in Bibliotheken ausgelegt und aufgenommen werden. Die Mitglieder der CGW sollen um entsprechende Gelegenheiten werben und dies Rudi Mehl melden. Auch will die CGW Bücher der Freiwirtschaftsbewegung den Bibliotheken kostenlos überlassen, wenn eine Bibliothek bereit ist, diese Bücher aufzunehmen..

Die CGW hat zurzeit 172 Mitglieder (8 Verstorbene bzw. Austritte; 4 Eintritte im letzten Jahr).

Bei den vier Organisationen, die wir zurzeit fördern (Attack, Kairos Eu-

ropa, Kirche von unten, Erlassjahr), soll es bleiben. Zusätzlich gibt es seit 2016 die temporäre Förderung der NABU-Initiative Grundsteuerreform (siehe im Protokoll zur Beiratstagung).

Kassenprüfung

Ein Kassenprüfer war nicht verfügbar, daher hat die Mitgliederversammlung vor Ort die Kassenprüfung durchgeführt und alles für in Ordnung befunden. Für 2017 stellt sich Gerhard Kuppler als Kassenprüfer zur Verfügung.

Entlastung des Vorstands

Karin Grundler schlägt die Entlastung des Vorstandes vor. Die Versammlung stimmt dem bei drei Enthaltungen zu.

Wahl des Vorstands

Die bisherigen Amtsinhaber werden alle einstimmig wieder gewählt. Sie nehmen die Wahl an. Das Amt des 2. Vorsitzenden bleibt zurzeit frei.

Der Vorstand bemüht sich, eine Person zu finden.

Weitere Unterstützung der Initiative Grundsteuer Zeitgemäß!

Die Versammlung beschließt einstimmig, die Stelle von Henry Wilke auch für sein zweites Dienstjahr mit 1.000 EUR zu unterstützen.

Beirats- und Mitgliederversammlung 2018

Termin: 13.-15.04.2018; Ort: Frankenakademie Schloss Schney, Schloßplatz 8, 96215 Lichtenfels, www.franken-akademie.de

Der Beitrag von Dieter Fauth zu Luthers Zinskritik aus der Zeitschrift für Sozialökonomie, H. 192, Jg. 2017 steht als Sonderdruck für den Kirchentag zur Verfügung. Der Artikel soll auch auf die Homepage der CGW gestellt werden.

Dieter Fauth, Protokoll



Tagungen – Veranstaltungen



CGW-Tagung 2018

13 - 15 Apr 2018, Franken-Akademie Schloß Schney, 96215 Lichtenfels

Regelmäßige weitere Veranstaltungen

Gesprächskreis über Geld- und Wirtschaftsfragen

Normalerweise an jedem zweiten Montag im Monat, 16.50 Uhr bis ca. 18.30, im Café am Tiergarten gegenüber dem Karlsruher Hauptbahnhof. Bei Interesse bitte zur Sicherheit den nächsten Termin erfragen.



Kontakt und Info: Tanja Rathgeber, Tel.0721/9431437, E-Mail TanjaRathgeber@hotmail.com und Werner Stiffel, Tel. 0721/451511, E-Mail Werner.Stiffel@t-online.de



Man schafft niemals Veränderung, indem
man das Bestehende bekämpft.

Um etwas zu verändern,
baut man neue Modelle,
die das Alte
überflüssig
machen.

*Richard
Buckminster
Fuller*

